

**Deutscher Bibliotheksverband e.V.**  
**Potsdamer Straße 33**  
**10785 Berlin 1**

## **1. Finanzielle und rechtliche Situation Öffentlicher Bibliotheken**

### **Wie wollen Sie das Angebot an Bibliotheken in Deutschland dauerhaft sichern?**

Wir betrachten Bibliotheken als wichtige Säule des Bildungssystems und der allgemeinen Daseinsvorsorge. Damit ist für uns Erhalt und Ausbau des Bibliotheksangebots eine elementare Aufgabe der öffentlichen Hand, und wir setzen uns konsequent und auf allen Ebenen dafür ein.

### **Wie wollen Sie verhindern, dass Kultur- und Bildungsangebote der Bibliotheken aufgrund der schwierigen finanziellen Haushaltslage der Kommunen gekürzt werden?**

Hier kommt erstmalig die in einer späteren Frage tiefer gehend dargestellte Forderung nach einer Aufhebung des Kooperationsverbots zum Tragen.

### **Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass es auf Ebene der Bundesländer weitere Initiativen zu Landesbibliotheksgesetzen gibt? Sehen Sie hier ergänzend auch Ansätze für den Bund, gesetzgeberisch tätig zu werden?**

Selbst in der föderalen Struktur, in der sich die Kulturpolitik bewegt, sollten möglichst einheitliche Gesetze in ganz Deutschland bestehen. Der Bund kann hier bestenfalls im Rahmen der Beratungen der KMK aktiv werden.

### **Wie stehen Sie zu der von den Verbänden des Bibliothekswesens seit langem geforderten Einrichtung einer Bibliotheksentwicklungsagentur zur Entwicklung einer nationalen Bibliotheksstrategie?**

Nationale Strategien im Bereich der Kulturpolitik zu entwickeln ist originäre Aufgabe des Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Dort könnte ein entsprechendes Projekt auf Referentenebene angedacht werden.

## **2. Urheberrecht für die Wissensgesellschaft**

### **Wie planen Sie eine zügige Umsetzung einer Allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke im Urheberrecht?**

Ihren Ausführungen zur Modernisierung des Urheberrechts stimmen wir zu.

Neben der Einführung einer allgemeinen und grundsätzlich verbindlichen Remix-, Wissenschafts- und Bildungsschranke fordern die PIRATEN eine grundlegende Reform des UrhR hinsichtlich der freien Verfügbarkeit von Bildung, Wissen, kulturellen Schöpfungen und Informationen. Gerade die Leistungen von Bibliotheken, insbesondere im digitalen Wandel zur Realisierung einer

umfassenden Teilhabe muss stärker honoriert werden. Wir setzen uns daher auch für die stärkere finanzielle Förderung von öffentlichen Bibliotheken und Bildungseinrichtungen ein.

Hierzu benötigt es der dringenden Anpassung der Reformschritte im UrhR an das europäische Entwicklungstempo. Besonders Branchenverbände wie der Börsenverein des Buchhandels und der Bundesverband der Musikindustrie setzen ihre Interessen bei der bisherigen Regierung rücksichtslos zum Schaden der Allgemeinheit durch.

Völkerrechtlich verbindliche Regelungen zu verwaisten und vergriffenen Werken, der Leihe und Teilhabe und ein grundlegender Erschöpfungsgrundsatz für Schenkung und Kopie von Werken in Bildung und Forschung sind notwendig: Hierbei gilt es, das Interesse der Allgemeinheit vor das Interesse von Auswertungsverträgen zu stellen. Projekte wie die Europeana und die DDB benötigen Rechtssicherheit um Werke zu digitalisieren, die vergriffen sind oder deren Urheber nicht aufzufinden sind. Die von den PIRATEN fordern eine Verkürzung der Schutzfristen auf 10 Jahre nach dem Tod der Urheber für alle Bereiche der Kunst.

Auch wenn EU Regelungen gute Ansätze liefern, besteht weiterhin keine interne Rechtssicherheit. Das trifft besonders auf das Digitalisat zu.

### **Was soll diese Schranke im Einzelnen regeln (u.a. im Hinblick auf §52a, 52b und 53a UrhG)?**

Statt Befristungsregeln wie in 137k wollen wir eine erweiterte, zeitlich unbegrenzte Schranke für Bildung und Forschung etablieren. Statt immer wieder - wie jetzt geschehen - eine neue Frist zu setzen, schafft nur die dauerhafte Entfristung Rechtssicherheit.

DRM Maßnahmen sind besonders im Bibliotheksbereich hinderlich. Onlinelizenzen erlöschen häufig, wenn der Lizenzgeber vom Markt verschwindet. Die Abschaffung der Strafbarkeit der Umgehung von DRM Maßnahmen ist fest in unserem Wahlprogramm verankert.

Im Übrigen schließen wir uns auch hier Ihren Aussagen zur Neuregelungsnotwendigkeit der § 52a+b sowie 53 UrhG voll umfänglich an. Die bestehenden Regelungen der genannten Punkte des UrhG stellen eine unzumutbare Einschränkung dar.

Im schulischen Bereich stellt der (auslaufende) § 52a UrhG eine Schranke für Bildungszwecke dar. Zwar ermöglicht der Paragraph die (vergütete) Vervielfältigung von urheberrechtlich geschützten Werken in der Schule, schließt dabei aber explizit Schulbücher und andere Schulmedien aus. Lehrer, deren Aufgabe es nicht ist, Lehrmaterialien zu schaffen, sondern diese sinnvoll zusammenzustellen, werden hier in ihrer Arbeit massiv eingeschränkt. Doch Lehrer brauchen für die Erfüllung ihres Lehrauftrages dieses „Recht zu remixen“.

Die PIRATEN fordern weiterhin eine Ausweitung der Ausnahmeregelung für die öffentliche Wiedergabe von Werken (§ 52 Absatz 1, 3 und 4) sowie eine Lockerung der Regeln für den Kopienversand durch öffentliche Bibliotheken. (§ 53a)

### **Wie würden Sie ein Zweitveröffentlichungsrecht für wissenschaftliche Autorinnen und Autoren ausgestalten? Was sollte diese Regelung im Einzelnen beinhalten?**

Verbindliche Open Access Regelung und Forschungsschrankenregelung, Verbindliches Zweitverwertungsrecht, das an keine exklusiven Schutzfristen für die Erstlizenznehmer gebunden ist,

sowie das Recht auch die lektorierte Endfassung weiterzuverwenden. Zu dieser Zweitverwertung gehört auch das Recht in Periodika und Sammelaufsätzen, sowie kollaborativen Projekten zu veröffentlichen.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, eine schnellstmögliche Machbarkeitsstudie zu der OCWC Initiative anstoßen. Deutschland darf nicht aus UrhR Gründen von so wichtigen Wissens und Lehrprojekten ausgeschlossen sein.

### **3. Digitalisierung in Bibliotheken**

**Welche Maßnahmen zur Digitalisierung von Kulturgut einschl. der Langzeitarchivierung wollen Sie durchführen und wie sichern Sie die dafür notwendige Finanzierung?**

Mit Hilfe moderner Technologie können wir unser kulturelles Erbe erfassen, archivieren, digitalisieren und jeden Menschen frei zugänglich machen. Indem wir den Bürgern die kulturellen Errungenschaften Deutschlands elektronisch zur Verfügung stellen, machen wir unser Land auch zu einem attraktiveren Kultur- und Wirtschaftsstandort. Außerdem wollen wir, dass die Ergebnisse der digitalen Erfassung übersichtlich katalogisiert im Internet zu finden und zu genießen sind.

Ganz konkret unterstützen wir daher den Ausbau des genossenschaftlichen Projekts digiCULT-Verbund eG zur Erfassung, Bewahrung und Verbreitung von Kulturgut genauso wie die Initiativen der Deutschen Digitalen Bibliothek und von Europeana. Wir setzen uns für ein langfristiges Engagement bei diesen nicht-kommerziellen Projekten ein.

Erfahrungsgemäß finden sich im staatlichen Haushalt immer Möglichkeiten zur Finanzierung gewünschter Projekte. Hier gilt es, dem kulturellen Bereich generell den notwendigen Stellenwert zu verschaffen.

### **4. Bestandserhaltung durch Bibliotheken**

**Wollen Sie weitere Maßnahmen zum Schutz von Kulturgut ergreifen und wie planen Sie, diese finanziell zu untermauern?**

Die Digitalisierung unseres Kulturguts ist die sicherste Maßnahme. Die PIRATEN erkennen dies als eine der größten Jahrhundertaufgaben an. Die Digitalisierung und Erforschung der adäquaten Lagerung ist wichtiger denn je, da das Ursprungsmaterial zu verschleien oder zerstört zu werden droht. Wir wollen eine umfassende Digitalisierung von schriftlichem, audiovisuellem und gegenständlichem Kulturgut fördern, die nicht auf der Auslagerung an private Dienstleister basiert. Da unser Kulturgut die Grundlage unserer Zivilisation ist, müssen deren Digitalisate frei, kostenlos und restriktionsfrei verfügbar für alle sein. Projekte wie die Europeana, die mit freien Lizenzen der Digitalisate operiert, die Idee der Deutschen Digitalen Bibliothek oder bavarikon (die das Lizenzierungsmodell ihrer jeweils teilnehmenden Institutionen noch einmal überdenken sollten) wollen die PIRATEN fördern.

Zur Finanzierung gilt das unter 3. gesagte.

**Planen Sie eine Fortführung der Koordinierungsstelle nach Ablauf der ersten fünf Jahre und wie wollen Sie eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung sicherstellen?**

Sicher ist diese Koordinierungsstelle ein wichtiger Bestandteil zur Sicherung der historischen Bestände. Allerdings zeigen Beispiele aus der Praxis, dass auch diese Art von Kulturgütern digitalisiert der Nachwelt erhalten werden können. Langfristig für sinnvoller als die Fortführung der Koordinationsstelle erachten wir es, die mit deren Abwicklung frei werdenden Mittel in ein "elektronisches Gedächtnis" zu investieren.

**5. Kulturelle Bildung sowie Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz durch Bibliotheken**

**Wollen Sie sich für eine Aufhebung des Kooperationsverbots zugunsten einer gemeinsamen Kultur- und Bildungsförderung - auch für Bibliotheken - einsetzen? Wie stellen Sie sicher, dass Bund, Länder und Kommunen künftig integrierte Politikansätze in der Kultur- und Bildungspolitik fördern?**

Die PIRATEN setzen sich für eine Aufhebung des Kooperationsverbotes ein. Der Bund muss öffentliche Bildungseinrichtungen finanzieren dürfen. Forderungen anderer Parteien, das Kooperationsverbot partiell zur Bevorzugung ausgewählter Bereiche wie der Exzellenz-Universitäten zu lockern, erteilen wir eine Absage: Politikansätze im kulturellen Bereich müssen aufgrund der föderalen Zuständigkeiten im Rahmen der KMK-Konferenzen gefunden werden.

**Planen Sie eine kontinuierliche Förderung für Akteure der außerschulischen kulturellen Bildung, wie z.B. „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“? Welche weiteren Maßnahmen im Bereich der kulturellen Bildung planen Sie?**

Ja, die PIRATEN definieren sich als Kulturpartei und stehen hinter allen Programmen, welche Kultur fördern und den Menschen die Beteiligung an Kultur ermöglichen ohne bevormundend den Menschen die Entscheidung, was als Kultur empfunden wird oder nicht, aufzudrängen.

Schwerpunkt kulturelle Bildung und Vermittlung:

- Kulturelle Bildung ist eine wesentliche Aufgabe der Kulturpolitik. Sie muss verstärkt bereits in den Schulen stattfinden, nicht nur durch Lehrer, sondern vor allem auch durch Projekte mit Kulturschaffenden. Neben vermehrten entsprechenden Angeboten durch staatliche Kultureinrichtungen müssen insbesondere die Budgets für kulturelle Bildung und Vermittlung erhalten und aufgestockt werden. Die Förderung von soziokulturellen Projekten muss vereinfacht werden.
- An den Schulen sollen die Fächer Kunst und Musik auch in der Grundschulpädagogik gleichberechtigt neben den Hauptfächern unterrichtet werden.
- Das Programm sollte insoweit vertieft werden, als dass sich dauerhafte, breit angelegte Bündnisse entwickeln können, die sich langfristig in den Lehrplänen verankern und einen

festen Platz im Bildungssystem erfahren. Die Vergütung und Wertschätzung sollte der des regulären Unterrichts nicht nachstehen.

- Das heißt, dass der Arbeitsansatz im soziokulturellen Bereich statt eines starken Schwerpunkts auf Ehrenamt sich vielmehr professionalisieren und entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen für die beteiligten Bildungspartner anbieten sollte. Insbesondere fokussieren wir dabei die demografische Entwicklung und fördern Bildung für alle Generationen.
- Den Institutionen muss ein ausreichender Etat zur Planungssicherheit zur Verfügung gestellt werden.
- Auch sollte verstärkt eine gesamtgesellschaftliche Bildung über alle Generationen und der Fokus über die schulische Ergänzung hinaus gefördert werden.

### **Welche Maßnahmen zum Ausbau von Schulbibliotheken und der Etablierung von entsprechenden Standards wollen Sie unterstützen?**

Wir machen uns stark für den Einsatz von plattformneutralen elektronisch gestützten Lernmitteln in Schulen und Bildungseinrichtungen. Für Schulbibliotheken könnte das die Verfügbarkeit von plattformneutralen e-readern mit einer entsprechenden Ausstattung DRM-freien Lehr- und Lesematerials sein.

### **Wie möchten Sie die wichtige Rolle, die den Bibliotheken bei der Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz zukommt, finanziell untermauern?**

Auch hier bietet sich die Aufhebung des Kooperationsverbots an.

## **6. Digitale Medien in Öffentlichen Bibliotheken (E-Books)**

### **Wollen Sie klare gesetzliche Rahmenbedingungen für die Verleihbarkeit von E-Books schaffen?**

DRM-Maßnahmen für Verleih-ebooks lehnen wir ab. Der Vorteil einer digitalen Verfügbarkeit von Büchern ist gerade nicht ihre Knappheit. Bibliotheken kämpfen jetzt schon mit dem Problem, dass Trendbücher zu bestimmten Zeiten von vielen NutzerInnen gleichzeitig ausgeliehen werden wollen. DRM-Maßnahmen, die für eine künstliche Verknappung sorgen, sind im Zeitalter des quasi unbegrenzten Speicherplatzes veraltet und unangemessen. Wir setzen uns für eine Vereinfachung der Verfügbarmachung von e-books in Bibliotheken in ausreichenden Stückzahlen ein.

### **Planen Sie, die Bibliothekstantieme gemäß § 27 UrhG auch auf E-Books auszudehnen?**

Wie in anderen Punkten auch, sehen wir "normale" Bücher gleichwertig zu E-Books. Daher müssen auch bei der Bibliothekstantieme die gleichen Maßstäbe angelegt werden.

## **Wollen Sie den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für gedruckte Bücher auf E-Books und andere elektronische Informationsressourcen ausdehnen?**

Wie bereits gesagt, sehen wir elektronische und gedruckte Medien als gleichwertig. Das gilt auch für den Mehrwertsteuersatz. Allerdings fordern die PIRATEN die Anhebung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes von aktuell 7% auf 19% mit dem Ziel, einen einheitlichen Regelsteuersatz zu schaffen und die so genannte Mehrwertsteuer zu vereinfachen. Dies soll in Zusammenhang mit der Einführung eines so genannten Sockeleinkommens geschehen, das sich u.a. aus den Mehreinnahmen finanziert.

## **7. Sonntagsöffnung für Öffentliche Bibliotheken**

### **Welche Maßnahmen planen Sie, um die Sonntagsöffnung für Öffentliche Bibliotheken gesetzlich zu ermöglichen?**

Prinzipiell sollte sich die Sonntagsöffnung an der Nachfrage orientieren. Hier müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die auf entsprechende Wünsche reagieren können, beispielsweise mit einer Änderung der Feiertagsgesetze, die schon jetzt andere kulturelle Veranstaltungen am Sonntag ermöglichen und dies auch den Bibliotheken ermöglichen sollten.